

Die „Spiegel“ erscheint wöchentlich am Samstag und Sonntagen mit Ausnahme...

Interate sollen die nachgegebene... Expedition: Berlin 1919, G. Schiffbauerdamm 10

Spiegel Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zugeständnisse an die Eisenbahner.

Was die Regierung bewilligt.

Berlin, 27. Juni. Bei den heutigen Verhandlungen der Regierung...

Gegen die Verletzung des Koalitionsrechts.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission der Berliner Gewerkschaften...

Zurücknahme der Regierungstruppen.

Von verlässlicher Seite wird uns telegraphisch gemeldet: Ein Teil der Regimentsgruppen...

Der Vormarsch der Regierungstruppen.

Gamburg, 27. Juni, 11 Uhr vorm. Am Nachmittag wurde der Hauptbahnhof von der Reichswehr...

erfolgte, da keine Vorschriften für die Ausführungen der getroffenen Anordnungen vorhanden waren...

Die Opfer der Unruhen.

Gamburg, 27. Juni. Wie wieder festgestellt wurde, liegen in den hiesigen Anstalten...

Leitow-Berbed vor Gamburg eingetroffen.

Gamburg, 27. Juni. Central von Leitow-Berbed, der deutsche Führer der Reichsregulierung...

Unruhen in Garburg.

Garburg, 27. Juni. Auch in Garburg kam es heute zu Unruhen. Einlag dazu gab ein Gemüschändler...

Ende des Eisenbahnerstreiks in Breslau?

Breslau, 27. Juni. In der heutigen Versammlung der Eisenbahncamion hat die Aufstrebung...

Der nächste internationale Sozialistenkongress.

Bern, 26. Juni. Die die Genfer „Tribüne“ mitteilt, wird der neue Sozialistenkongress...

Spiegel-Diktatur.

Die „vollendete Demokratie“ präsentiert sich im Augenblick so: nachdem die äußere Politik...

Bekanntlich hat das Spiegelwesen eine Ausdehnung...

und Bedeutung gewonnen, wie nie zuvor und das Wesen der „vollendeten Demokratie“ stellt sich...

Und das letztere zumal ist ganz authentisch...

denn als ein Verächterstatter aus Gamburg in das Gebäude des Volksgesundheitsrat...

Die Herren sind böse hineingefahren...

so war dieser ganze Aufwand schamlos veran. In Gamburg wurde die Ruhe hergestellt...

Fängener. Das sind eben so die Unmenslichkeiten der Spiegelpolitik. Sie endet regelmäßig mit der Blamage. Aber wenn das die Herren Militärs nicht wissen können, so müßte doch eigentlich die Regierung Bauer davon eine Ahnung haben.

Und da hört der Spatz auf. Was diese Regierung in den paar Tagen getrieben hat, ist unüberantwortlich. Es hat wirklich nicht viel gefehlt, die Gomburger Arbeiter oder nur ein Teil von ihnen hätten infolge der sinnlosen Provokation sich zu irgendeiner Unförmlichkeit verleiten lassen, und das Blutbad wäre unvermeidlich gewesen. Bei der herrschenden Erregung hätte das aber unberechenbare Folgen haben können.

Die Regierung hat alles getan, um diese gefährliche Situation herbeizuführen. Sie, die es nicht durfte, hat sich durch die Spiegelberichte verwirren lassen; ihr „Vormarsch“ hat in schändlichster und heizerischster Weise diese blödsinnigen Phantasien als unumstößliche Wahrheit verflüchtelt und der Berliner rechtssozialistische Bezirksverband hat sie zum Inhalt eines verhetzenden und verlogenen Aufrufs verwandelt.

Aber nicht genug damit. Man hat auch versucht, die wirtschaftliche Arbeiterbewegung durch politische Diskreditierung zu lähmen und hat verlogene Spiegelberichte zum Vorwand benutzt, um die Bewegung der Eisenbahner gewaltsam zu unterdrücken.

Nach hier ist durch dieses unwohrhaltige, hinterhältige und zugleich brutale Vorgehen das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erreicht worden.

Die Bewegung der Eisenbahner ist schon seit vielen Wochen im Gange. Die Regierung hat die Erzielung einer Verständigung immer wieder hinausgeschoben, bis der Generallstreik in unmittelbare Nähe rückte.

Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten. Das Eisenbahndienst ist enorm, das finanzielle Problem nicht leicht zu lösen. Aber auf der anderen Seite muß doch auch gelöst werden, daß gerade die Eisenbahner es sehr schwer haben. Im Gegensatz zu manchen anderen Arbeiterkategorien, die während des Krieges ihre materielle Lage wenigstens einigermaßen besser konnten, haben die Eisenbahner ihren verantwortungsvollen Dienst ohne irgendwelche zureichende Erhöhung ihres Einkommens versehen müssen. Daß sie jetzt angesichts der wirtschaftlichen Teuerung einen Ausgleich verlangen, ist selbstverständlich.

Nun fürchte die Regierung die enorme Mehrbelastung und sah keine Möglichkeit einer Abmilderung durch entsprechende Lohnerhöhung, die 300-400 Prozent betragen müßte. Aber hier rückt sich nur die bisherige Unbill seit und Unfähigkeit auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet.

Genau, wir stehen auf einem dümmen Feld. Aber daß das so groß geworden ist nur eine Folge der absoluten Richtungslosigkeit unserer Wirtschaftspolitik. Unausgesprochen ist man von „Saluta“. Aber bis heute scheint noch kein Plan zu bestehen, wie man denn die Saluta wieder in Ordnung bringen soll, geschweige daß irgend etwas Positives geschieht.

Genau, Lohnerhöhungen von 300 Prozent sind erorbitant. Aber sie entsprechen etwa dem Stand der Geldentwertung, ebenso wie die Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten. Man wird sich entschließen müssen, endlich ein klar umformendes Finanz- und Wirtschaftsprogramm aufzustellen, dann wird man nicht rat- und hilflos allen Einzelproblemen gegenüberstehen.

Es scheint, daß es schließlich zur Einigung gekommen ist. Daß dem deutschen Wirtschaftlichen diese schwere Belastung eripart worden ist, das dankt es dann, nur der großen Einsicht und der Opferwilligkeit der Eisenbahner.

Und wie hat man sie behandelt? Sie waren natürlich „Spartakisten“, böse Menschen, denen der „Vorwärts“ tagtäglich bewies, wie unverantwortlich sie handelten, deren Vertrauensmänner man verhaftete und denen Nothe - Nothe immer und überall - die Eisenbahn zeigte. Nun, die Eisenbahner haben sich nicht einschüchtern lassen und haben trotz Nothe, trotz der ungeheuren Erbitterung, die die ungeschickliche Aufhebung des Streikrechts auslöste, besonnen und entschieden gehandelt und wichtige Angelegenheiten, sowohl wirtschaftliche als politische, errungen.

Nach hier hat die Gewaltenteiligkeit zuletz völlig versagt, dank der Ueberlegenheit der Arbeiter.

Damit ist sie noch nicht erledigt. Aber kein Zweifel, diese Entscheidung ist auf dem Wege. Bei allen Arbeitern muß diese Politik der Gewalt und Spitzelerei, die unter der rechtssozialistischen Regierung getrieben wird, Abhilfe und Horn erwecken und den festen Entschluß, über diese Partei, die die Sache der Arbeiterschaft so miserabel führt, Bericht zu halten und ihr das Urteil zu sprechen!

Nue Durchföhrung beim Vollzugstraf.

Freitag nachmittag um 2 Uhr 5 Min. wurde das Haus des Vollzugstraf abermals von einem Kommando der Garde-Kavallerie-Schützen Division belagert. Diesmal kam ein Lastauto mit 25 bis an die Jahre bewaffneten Soldaten an, wozu auch drei Kriminalbeamte gehörten. Sie hatten den Befehl, Ausschüsse vorzunehmen und eventuelle Vollzugstrafmitglieder zu verhaften. Es wurden alle Räume des Gebäudes, alle Tische und Stühle durchsucht. Gefunden wurde nichts. Um 4 Uhr 20 Minuten rückten die Truppen wieder ab. Das alles geschah, trotzdem das Vollzugstrafmitglied Probst Freitag vormittag mit dem Reichswehrminister Nothe verhandelt hatte. Größte Unannehmlichkeit war am 1 Uhr 45 Min. gerade von seiner Unternehmung zurückgekehrt und schon 20 Minuten danach rückten die Truppen wieder an. Auch wurde von ihnen die Telefonsentrale besetzt, alle eingehenden Telefonsprachen erlichteten, wie Herr Probst dadurch, daß sie sich als Vollzugstrafmitglied meldeten. Sie notierten sogar die Adressen der Anrufer. Einer der Kriminalbeamten äußerte sich, daß Richard Müller gefasst werde, und daß man ihn schon finden würde.

Neue Verhaftungen.

Nach der Mitteilung sind auf Grund des Erlasses des Reichswehrministers Nothe, der die Aufforderung zum Generallstreik verbietet und unter Strafe stellt, eine größere Zahl von revolutionären Elementen durch Regierungssoldaten im Auftrage des Garde-Kavallerie-Schützen-

Korps verhaftet und nach Wiesbaden gebracht worden. Die genaue Zahl der Verhafteten ist noch nicht bekannt, es seien aber einige Dutzend Personen festgenommen worden.

Die Mitglieder des Volksrats sind am Freitag wieder freigelassen worden. Dagegen befinden sich noch eine Anzahl freitender Eisenbahner und revolutionärer Elemente in Haft.

Belagerungszustand über Frankfurt a. O.

Frankfurt a. O., 27. Juni.

W. A. B. meldet: Infolge der Unruhen der vergangenen Tage wurde gestern mittag der Belagerungszustand verkündet. Als die Regierungstruppen das Rathaus besetzt hatten, versammelten sich, angesichts des Belagerungszustandes und entgegen den wiederholten Aufforderungen des Militärs, eine große Menschenmenge auf dem Marktplatz. Um den Platz zu räumen, waren die Regierungstruppen nach wiederholten Schußschüssen angeworfen, schars zu schießen. Es gab 3 Tote und 24 Verwundete, von denen noch 2 gestorben sind. Gegen 9 Uhr übernahmen unbewaffnete organisierte Arbeiter den Schutz der inneren Stadt. Die Regierungstruppen wurden in die Kasernen zurückgezogen, seitdem herrscht Ruhe. Es kommt immer mehr zutage, daß die Unruhen von auswärtigen Elementen hervorgerufen sind.

Stellen wir die Tatsachen noch einmal fest, die dieser offiziöse Bericht meldet: Es ist keinerlei Angriff auf die Regierungstruppen erfolgt, nur weil angeblich die Menge nicht auseinandergehen wollte, wurde scharf geschossen. Seitdem die Regierungstruppen in die Kasernen zurückgezogen wurden und unbewaffnete organisierte Arbeiter den Schutzdienst versehen, herrscht Ruhe.

Wir überlassen die Beurteilung dieser Tatsachen der Öffentlichkeit.

Ich verbiete!

Eine Verordnung Noskes zum Schutze der Einwohnerwehren.

W. A. B. teilt mit: In verschiedenen Fällen ist von parteilicher Seite der Versuch gemacht worden, Mitglieder der Einwohnerwehren durch Drohungen zum Austritt aus der Wehr zu veranlassen. Diese Drohungen haben sich nicht nur auf Drohungen gegenüber Leuten und Geschädigten beschränkt; sondern auch Arbeiter und Angestellte sind von Mitangehörigen der Wehr für Leib und Leben für den Fall weiteren Verbleibens in der Einwohnerwehr bedroht worden. In den letzten Tagen ist von Drohungen zur Tat übergegangen, aus mehreren Städten sind wir Angriffe auf Mitglieder von Einwohnerwehren gemeldet worden.

Diese Verhältnisse ermöglichen die Mittel, mit denen von der Seite der rufenden Elemente versucht wird, den zutreffenden Teil der Bevölkerung zu terrorisieren und die öffentliche Sicherheit zu deren Schutz die Einwohnerwehren geschürt und zu untergraben. Den gewissenlosen Treibern erscheint zur Erreichung ihrer Ziele kein Mittel zu schlecht und gemein und ihre bisherige Tätigkeit läßt Schlußes darauf zu, was die Bevölkerung von ihrer Herrschaft zu erwarten hätte.

Es ist meine Pflicht, die Mitglieder der Einwohnerwehren gegen eine derartige verbrecherische Vergewaltigung mit allen Mitteln des Gesetzes zu schützen und gegen die Säuer von Ruhe und Ordnung mit aller Schärfe vorzugehen. Niemand lasse sich durch Drohungen abschrecken, für den Schutz von Ordnung und öffentlicher Sicherheit einzustreten. Der feste Zusammenschluß aller besonnenen, ruheliebenden Elemente bietet die beste Gewähr für die Sicherheit des Einzelnen und der Allgemeinheit.

Auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand verbiete ich daher für das von Belagerungszustand betroffene Gebiet (Landespolizeibezirk Berlin, Stadtkreis Spandau, Stadtkreis Teltow und Niederbarnim) jede wirtschaftliche, politische und Schädigung (Vandalismus) der Angehörigen der Einwohnerwehren und ihrer Familienmitglieder, sowie die Aufforderung und Anreizung zum Verstoß. Ferner verbiete ich die öffentliche (schriftliche) Beschimpfung oder Verdröhung der Einwohnerwehren in der Presse, in Flugblättern und Broschüren. Zuwiderhandlungen sind auf schnellstem Wege zur Kenntniss des Oberkommandos (Mdt. W., Königin Augusta-Str. 38) zu bringen. Sie werden mit Gehängnis bis zu einem Jahr bestraft, falls die bestehenden Gesetze keine höheren Strafbestimmungen andeuten.

№ 276.
Reichswehrminister

Das Freigeleit für Eichhorn.

Nach dem Untersuchungsprotokoll der Preussischen Landesversammlung ist der Freigeleitbrief des Reichswehrministers für den früheren Vollgepräsidenten Eichhorn in der vom Wg. Dr. Rosenfeld gewünschten Form eingegangen. Es soll versucht werden, mit Hilfe des Wg. Dr. Rosenfeld Eichhorn zu seiner Vernehmung für die nächste Sitzung zu laden, die voraussichtlich am 7. Juli stattfinden wird.

Der Ausschuss Wetz gestern den Hauptmann von Oppen über die Gelangnahme der Parolenliste aus der „Spartakisten“-Besetzung, den Demonstrationszug der Handgelenkangelegter der Spartakisten und Unabhängigen auf den unbewaffneten Demonstrationszug der Rechtssozialisten am 6. Januar und den Affekt Dr. Saalfeld über Ausschreitungen beim Regiment Reichswehr.

Wg. Dr. Rosenfeld kündigte mehrere umfangreiche Beweisanträge an, die mit den Vorfragen wegen Ermordung Liebschütz und Rosa Luxemburgs und gegen Lebedew zusammenhängen.

Die Entschädigung der Regierungstruppen.

Künftig reich mitgeteilt:

1. Die vom Kriegsministerium vorgelegten Beschlüsse betr. Entschädigungen der infolge Verringerung der Wehrmacht ausschließenden Offiziere und Kapitulanten werden, wie jetzt mit Sicherheit angenommen werden kann, im wesentlichen die Zustimmung der Reichsregierung finden. Ihre Durchföhrung soll bestimmt in der Zusage der Nationalversammlung erfolgen. Ferner sei erwähnt, daß bei den Verhandlungen auf Grund des Kriegsministerialerlasses vom 24. Juni 1919 und auf Antrag der Heeresverwaltung bei der späteren Besetzung der Pension die Frage der Dienstunfähigkeit nicht maßgebend ist.

2. Den Unteroffizieren und Mannschaften, die infolge der Heeresverminderung zum Ausscheiden aus dem Heere gezwungen werden, wird neben anderen Vergünstigungen eine Dienstpämie gewährt von 100 M. für 6 Monate ununterbrochener Dienstzeit (e gerechnet Urlaub und Krankheit) vom Tage der endgültigen Einstellung in einen Freiwilligenverband oder Reichswehr, frühestens vom 1. Januar 1919 ab gerechnet. Für den 7. und jeden folgenden Monat ununterbrochener Dienstzeit je 50 M. bis zum Höchstbetrage von 1000 M. Die Dienstpämie wird am Entlassungstage ausbezahlt.

Der Öffentlichkeit wäre viel daran gelegen, auch etwas über die Höhe der an die Offiziere zu zahlenden Entschädigungssummen zu erfahren. Jedenfalls ist es charakteristisch, daß bei der Abfindung der auf Grund des Friedensvertrages zu entlassenden Heeresangehörigen finanzielle Schwierigkeiten nicht zu befürchten scheinen, während bei den Forderungen der Eisenbahner durch das beherrschende Verhalten der Regierung auf die finanzielle Notlage des Reiches die ganze Schwere des Konflikts heraufbeschworen wird.

Noch ein General verabschiedet.

Dem Kommandierenden General des 18. Armeekorps v. Pelow, der mit dem Kommando der Heeresgruppe Nord betraut war, ist der Abschied erteilt worden.

Zwei Noten der deutschen Regierung.

Verfaßt, 27. Juni.

Gesandter von Omel hat heute im Auftrage des Reichsministers des Auswärtigen dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau zwei Noten zustellen lassen. In der ersten Note erklärt die deutsche Regierung, sie habe aus der Note vom 21. Juni entnommen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen auch diejenigen in ihrem Memorandum vom 16. d. Mts. enthaltenen Zusagen als verbindlich ansehen, die nicht ausdrücklich in den Bestimmungen des Friedensvertrages aufgenommen sind. Sie habe keine Bedenken dagegen, daß zur Vermittlung von Verständigungen ein Teil dieser Zusagen in einem Schlussprotokoll des in der Note vom 21. d. Mts. vorgeschlagenen Inhalts niedergelegt wird.

In der zweiten Note erklärt die deutsche Regierung, daß sie gemäß Artikel 432 des Friedensvertrages sich nicht für verpflichtet hält, das von den alliierten und assoziierten Mächten angebotene Abkommen über die Rheinlande ohne weiteres als bindend anzuerkennen. Ferner würde es nach Ansicht der deutschen Regierung im beiderseitigen Interesse liegen, wenn der mitgeteilte Entwurf, dessen Bestimmungen den praktischen Bedürfnissen nicht entsprechen, zum Gegenstand besonderer Verhandlungen gemacht würde. Die deutsche Regierung, welche die Unterzeichnung des Abkommens zu verweigern nicht in der Lage sei, halte es für unter allen Umständen notwendig, daß sobald nach Unterzeichnung Vollmächteste beider Vertragsparteien zusammenzutreten, um die Bestimmungen des Abkommens zu ergänzen.

Vor der Unterzeichnung.

Verfaßt, 27. Juni.

Die Mächte erwarten allgemein, daß die Unterzeichnung morgen stattfinden wird, da die Prüfung der Vollmachten der neuen deutschen Delegation in ganz kurzer Zeit beendigt sein wird. Man erwartet, daß die neuen Delegierten morgen früh eintreffen, so daß die Prüfung der Vollmachten um 10 Uhr vormittags beginnen kann. Die Zeremonie für die Unterzeichnung ist noch wie vor auf morgen nachmittags 3 Uhr festgesetzt. Die Mächte bringen ihr Gehörnen zum Ausdruck, daß die Delegation, welche unterzeichnet soll, nur aus zwei Mitgliedern besteht. Paktische Mächte erinnern ferner daran, daß Müller im Juli 1914 den französischen Sozialisten erklärte, die deutschen Sozialdemokraten würden im Kriegsfall die Kriegskredite verweigern.

Friedensfragen auf der britischen Arbeiterkonferenz.

Amsterdam, 27. Juni.

Wie der „Telegraph“ aus London meldet, erklärte MacDonald auf der Arbeiterkonferenz, Deutschland müsse die Verantwortung für seine Taten tragen, aber die Strafe dürfe keine rasche sein. Clunes hob die Schuld für den unzufriedenenden Frieden darauf, daß die Arbeiterpartei sich aus der Regierung zurückgezogen habe. Deutschland sei zwar verpflichtet, Schadenersatzungen zu zahlen, aber die Annetion von Schulden würde ein Gefühl des Unrechts erzeugen. Es wurde eine Entschädigung angenommen, in der gegen die Besetzung der Blockade protestiert und bedauert wird, daß der Friedensvertrag nicht für die Wiederherstellung des industriellen Lebens in Europa und für ausreichende internationale Kontrolle über die Rohstoffe sorgt. Für die Verteilung dieser Rohstoffe wurde ein oberster Wirtschaftsrat verlangt, in den auch Vertreter der Arbeiter aufgenommen werden sollten.

Southport, 27. Juni. (Reuter.)

Henderson stellte auf der Arbeiterkonferenz mit, daß in einer Beratung mit den Britischen, den Französischen und den Italienischen Vertretern beschlossen wurde, am 30. oder 31. Juli eine allgemeine Protestkundgebung gegen die Intervention der Alliierten in Rußland zu veranstalten.

London, 27. Juni. (Reuter.)

Die Arbeiterkonferenz entschied sich mit 1802 000 gegen 935 000 Stimmen für eine direkte Aktion in der russischen Frage.

Die französischen Sozialisten und der Friedensvertrag.

Verfaßt, 27. Juni.

Wie „Quotidien“ meldet, hat der führende Administrativchef der sozialistischen Partei Frankreichs den Nationalrat der sozialistischen Partei auf den 13. und 14. Juli nach Paris einberufen, um die Haltung der Partei gegenüber dem Friedensvertrag festzulegen. Ferner beschloß der führende Administrativchef, den händigen Berner Ausschuss aufzufordern, den internationalen sozialistischen Kongress auf spätestens den 1. November einzuberufen. Ein in diesem Sinne gehaltenes Brief wird an Coudmann gerichtet werden.

Preußische Landesversammlung.

28. Sitzung, Freitag, den 27. Juni.

Abg. Dallmer (D. Kat.): stellt eine kleine Anfrage über die Errichtung des Volkshochschulwesens.
Weinzierl (D. Kat.): will auf die Volkshochschulen im Rahmen der kleinen Anfrage nicht ausführlich eingehen, sondern stellt sich auf die Bewegung der Förderung durch die Staatsregierung hin.
Abg. Schäffling (N. Soc.): erhält Bericht über die Beratung dieses Landes im Staatshaushaltsausschuss und begründet den Antrag des Volksrates, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Veranschlagung dahin zu wirken, daß an die in Betracht kommenden Gemeinden ungewöhnlich angemessene Zuschüsse gewährt werden.
Abg. Her (N. Soc.): begründet einen Antrag, in dem die Staatsregierung ersucht wird, die den Gemeinden des besetzten Gebietes zur Verfügung gestellten Zuschüsse, die zur Deckung der auf den Krieg entfallenden Unkosten dienen sollen, mindestens auf den Betrag von 400 Millionen Mark zu erhöhen.
Abg. Weiser (Soz.): Gegenüber dem Auf nach Eingkeit sind noch mit Entungsberechnungen im Westen im Gange. Der Osten hat noch immer Fühlung mit Zentrumskreisen und hat seine Ziele noch nicht aufgegeben.
Abg. Westert (N. Soc.): weist auf die arge Situation hin, die sich dem Volk gegenüber bei der Verdrößerung der besetzten Gebiete ergibt. Für die meisten Lebensbedingungen werden jetzt nicht nur die Lebensbedingungen der Arbeiter, sondern auch die der kleinen Beamten, der Gewerbetreibenden mußte auf Monate hinaus wachsend, und verliert dadurch seine Existenz. Es seien schon von den Bewohnern der Rheinlande, die aus dem unbesetzten Gebiet über die Grenze flüchteten und irgendwelche Gegenstände zu kaufen verstanden, einisch niederkriechen worden. Auch für die Hinterbliebenen dieser Opfer mußte das Reich einzustehen.
Abg. Dr. Cohn (D. V.): Auch wir in Rastau haben außerordentlich unter den Verdrößerungsberechnungen, namentlich unter der Verdrößerung der Industrie und der Handelverkehr leiden nicht weniger unter den Einsparungen des Geschäftsverkehrs und der Möglichkeit der Beschäftigung. Sehr bedauerlicherweise tritt die große Delle jetzt wieder in den Vordergrund. An den verschiedenen Verordnungen im Reich und im Ausland hat aber auch der Redakteur der Rheinischen Volkszeitung teilgenommen. Sind dem Zentrum diese Vorgänge bekannt? (Rufe: Nein!)

Abg. Dr. Cohn (D. V.): Auch wir in Rastau haben außerordentlich unter den Verdrößerungsberechnungen, namentlich unter der Verdrößerung der Industrie und der Handelverkehr leiden nicht weniger unter den Einsparungen des Geschäftsverkehrs und der Möglichkeit der Beschäftigung. Sehr bedauerlicherweise tritt die große Delle jetzt wieder in den Vordergrund. An den verschiedenen Verordnungen im Reich und im Ausland hat aber auch der Redakteur der Rheinischen Volkszeitung teilgenommen. Sind dem Zentrum diese Vorgänge bekannt? (Rufe: Nein!)

Reaktion des ganzen Volkes. (Wachen rechts.) Jede Delegation ist Gewalt, Vereinerung des Reichs. Wer sie predigt, hat auch das Recht der Revanche, Forderungen an die Reichsregierung zu stellen. (Beifall: Reichstags.)
Präsident Veinert: erklärt die Bedenken des Redners über die Reformen für gerechtfertigt und sagt ferner die Reform des Disziplinarrechts zu.
Um 10 Uhr beschließt das Haus auf Vorschlag des Präsidenten einstimmig die Versammlung. Der Präsident bestimmt die nächste Sitzung auf Dienstag an. Darauf erhält er von einem Abgeordneten die Mitteilung, daß der Ministerpräsident noch eine Erklärung abgeben wolle. Ministerpräsident Bischoff befindet sich aber nicht im Hause. Auch der Justizminister kann nicht kommen, wenn der Ministerpräsident erscheinen wird.
Präsident Veinert: Dann müssen wir eben weiter tagen! (Anrede und Widerspruch.) Der Präsident erteilt unter allgemeiner Anrede dem nächsten Redner das Wort.

Ministerpräsident Bischoff: Der Herr Abgeordnete hat sich, wie mir mitgeteilt worden ist, in besagten Worten gegen den Erlass des Reichsverordnungs über die streikenden Arbeiter und Beamten in den Eisenbahnbetrieben ausgesprochen. Und dabei die Wendung gebraucht, nicht von Recht und Gerechtigkeit dürfte man sprechen, so lange solche Erlosse gemacht werden. Ich konnte selbst nicht anwesend sein, weil ich an den Verhandlungen mit den Organisationen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter teilnehmen mußte, die, wie ich Ihnen zu meiner Freude mitteilen kann, einmütig das planlose und unbilligste Verhalten der Arbeiter und Beamten verurteilt und mit klaren Worten aufgedeckt haben. zur Arbeit zurückzuführen, und darüber auch gründliche Aufklärung in der Presse veranlassen werden. (Beifall: Reichstags.) Mit meinen Ausführungen gegen den Erlass haben Herr Dr. Rosenfeld und seine engeren Freunde in diesem Hause allein. (Anrede bei den 11. Soz.)

Parteigenossen! Werdet Mitglied der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

Wer kann zeichnen?
Jedes Mitglied der U. S. P. D. kann die Mitgliedschaft erwerben.
Es sollte Ehrenpflicht aller Genossen sein, die für die Entwicklung der Partei und der „Freiheit“ sorgen wollen, nicht nur selbst die Mitgliedschaft so rasch als möglich zu erwerben, sondern auch eifrige Propaganda für den Beitritt zur Genossenschaft zu entfalten.

Welche Beträge werden gezeichnet?
Jeder Anteil lautet auf 20 M., doch ist die ratenweise Entrichtung in Beträgen von je 5 M. gestattet. Jedes Mitglied kann bis zu 1000 Anteilen erwerben, doch hat es in der Generalversammlung trotzdem nur eine Stimme, genau wie das Mitglied, das nur einen Anteil besitzt.

Wo wird gezeichnet?
Beitrittserklärungen für die Genossenschaft, sowie Zeichnungen auf Anteilscheine werden entgegengenommen:

1. in der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Schiffbauerdamm 19,
2. in allen Filial-Expeditionen der „Freiheit“,
3. in allen Bureaus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,
4. bei allen Bezirksführern, besonders an Zahlhabenden, und
5. überall dort, wo Werbeplakate zum Beitritt in die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ angehängen.

Wie wird gezeichnet?
Der Beitritt geschieht durch Ausfüllen der Beitrittserklärung und Entrichtung einer einmaligen Einschreibgebühr von 1 M., sowie des Beitrages für die gezeichneten Anteilscheine (20 M., 40 M. usw.) oder der Ratenzahlung (5, 10 oder 15 M.).
Wer mehr als einen Anteil zeichnet, muß ein weiteres Formular ausfüllen, das die Aufschrift trägt: „Weitere Anteilserklärung“.

Was muß ich sonst wissen?
Die Anteile werden mit 5 v. H. verzinst und sind mit einjähriger Frist kündbar.
Die in Anteilscheinen der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ angelegten Gelder sind eine nach jeder Richtung hin durchaus sichere Anlage. Sie dienen nicht zur Befriedigung laufender Ausgaben, sondern zur Schaffung werdender Anlagen (eigene Druckerei usw.) und der ständigen Vergrößerung und Ausgestaltung des Blattes.
Deshalb, Parteigenossen, an die Arbeit! Sorgt für massenhafte Beitritt und Zeichnung von Anteilscheinen!

Ministerpräsident Bischoff: Der Herr Abgeordnete hat sich, wie mir mitgeteilt worden ist, in besagten Worten gegen den Erlass des Reichsverordnungs über die streikenden Arbeiter und Beamten in den Eisenbahnbetrieben ausgesprochen. Und dabei die Wendung gebraucht, nicht von Recht und Gerechtigkeit dürfte man sprechen, so lange solche Erlosse gemacht werden. Ich konnte selbst nicht anwesend sein, weil ich an den Verhandlungen mit den Organisationen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter teilnehmen mußte, die, wie ich Ihnen zu meiner Freude mitteilen kann, einmütig das planlose und unbilligste Verhalten der Arbeiter und Beamten verurteilt und mit klaren Worten aufgedeckt haben. zur Arbeit zurückzuführen, und darüber auch gründliche Aufklärung in der Presse veranlassen werden. (Beifall: Reichstags.) Mit meinen Ausführungen gegen den Erlass haben Herr Dr. Rosenfeld und seine engeren Freunde in diesem Hause allein. (Anrede bei den 11. Soz.)

Die Gesamtforderungen der Eisenbahner belaufen sich auf etwa 4 Milliarden Mark. Der Forderungen der Eisenbahner würde sich in dem Jahre auf 7 Milliarden stellen. Es ist ausgeschlossen, diese Forderungen durch Steuern aufzubringen. Eine Tarifserhöhung ist ebenfalls praktisch ausgeschlossen.
Der ist es erfreulicherweise gelungen, zu einem Übereinkommen zu gelangen. In der Höhe von 100 Millionen sollen ausbezahlt werden, von Reich, von Staat und den Gewerkschaften, um eine Senkung der Preise herbeizuführen, und zwar soll das zum ersten Mal schon in der Woche vom 6. bis 13. Juli geschehen. (Beifall: Reichstags.)
Reis soll kost 2 M. nur 1,75 M. das Pfund kosten, Hülsenfrüchte 3 M. nur 2,50 M., das Zugeschweißte 2,20 M. nur 2,00 M., das ausländische Fleisch 11 M. nur 9 M., Speck 12 M. nur 11 M., Kartoffeln 12 bis 13 M. nur 10 M., das Pfund, die neuen Kartoffeln 14 M. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist, daß die Ausgaben für die Familie sich in der Woche beträchtlich verringern werden. (Beifall: Reichstags.) Es ist eine große Aufgabe, die erhebliche Kosten macht, aber wir sind der Überzeugung, daß man diese Kosten für die nächsten drei Monate aufbringen muß, wenn man damit eine Gesundung und Zufriedenheit erreichen kann. (Beifall: Reichstags.)

Ministerpräsident Bischoff: Der Herr Abgeordnete hat sich, wie mir mitgeteilt worden ist, in besagten Worten gegen den Erlass des Reichsverordnungs über die streikenden Arbeiter und Beamten in den Eisenbahnbetrieben ausgesprochen. Und dabei die Wendung gebraucht, nicht von Recht und Gerechtigkeit dürfte man sprechen, so lange solche Erlosse gemacht werden. Ich konnte selbst nicht anwesend sein, weil ich an den Verhandlungen mit den Organisationen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter teilnehmen mußte, die, wie ich Ihnen zu meiner Freude mitteilen kann, einmütig das planlose und unbilligste Verhalten der Arbeiter und Beamten verurteilt und mit klaren Worten aufgedeckt haben. zur Arbeit zurückzuführen, und darüber auch gründliche Aufklärung in der Presse veranlassen werden. (Beifall: Reichstags.) Mit meinen Ausführungen gegen den Erlass haben Herr Dr. Rosenfeld und seine engeren Freunde in diesem Hause allein. (Anrede bei den 11. Soz.)

Ministerpräsident Bischoff: Der Herr Abgeordnete hat sich, wie mir mitgeteilt worden ist, in besagten Worten gegen den Erlass des Reichsverordnungs über die streikenden Arbeiter und Beamten in den Eisenbahnbetrieben ausgesprochen. Und dabei die Wendung gebraucht, nicht von Recht und Gerechtigkeit dürfte man sprechen, so lange solche Erlosse gemacht werden. Ich konnte selbst nicht anwesend sein, weil ich an den Verhandlungen mit den Organisationen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter teilnehmen mußte, die, wie ich Ihnen zu meiner Freude mitteilen kann, einmütig das planlose und unbilligste Verhalten der Arbeiter und Beamten verurteilt und mit klaren Worten aufgedeckt haben. zur Arbeit zurückzuführen, und darüber auch gründliche Aufklärung in der Presse veranlassen werden. (Beifall: Reichstags.) Mit meinen Ausführungen gegen den Erlass haben Herr Dr. Rosenfeld und seine engeren Freunde in diesem Hause allein. (Anrede bei den 11. Soz.)

Abg. Rosenfeld (N. Soc.): Es wird mir schwer, über die Reichsregierung in einem Augenblick zu sprechen, in dem ich in so außerordentlichem Maße die Gewalt angegriffen wird. (Anrede: Reichstags.) Der Erlass dieses gegen den Streik ist eine Verletzung. (Anrede: Reichstags.) Es gibt eine Freiheitsliebe und eine rechtstehende, die völlig unerschrocken sind. Wir sind in ihrem Rechte. (Bewegung.) Sie beginnt mit den Namen: Coase, Rosenfeld, Hoffmann, (Große Heiterkeit.) — Keine: Grenzen mit ihnen nicht. — Unerschrockene Agitationen! Ein Beispiel für die mangelt die Reichsregierung ist vor allem auch der Prozeß Ledebour. (Dankbarer Widerspruch: Reichstags.)
Präsident Veinert: Ich bitte um Ruhe, wenn das Modereiden erteilt. Es ist so unendlich, wie es zu verhandeln. Der Redner ist fast nicht zu verstehen. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

Ministerpräsident Bischoff: Der Herr Abgeordnete hat sich, wie mir mitgeteilt worden ist, in besagten Worten gegen den Erlass des Reichsverordnungs über die streikenden Arbeiter und Beamten in den Eisenbahnbetrieben ausgesprochen. Und dabei die Wendung gebraucht, nicht von Recht und Gerechtigkeit dürfte man sprechen, so lange solche Erlosse gemacht werden. Ich konnte selbst nicht anwesend sein, weil ich an den Verhandlungen mit den Organisationen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter teilnehmen mußte, die, wie ich Ihnen zu meiner Freude mitteilen kann, einmütig das planlose und unbilligste Verhalten der Arbeiter und Beamten verurteilt und mit klaren Worten aufgedeckt haben. zur Arbeit zurückzuführen, und darüber auch gründliche Aufklärung in der Presse veranlassen werden. (Beifall: Reichstags.) Mit meinen Ausführungen gegen den Erlass haben Herr Dr. Rosenfeld und seine engeren Freunde in diesem Hause allein. (Anrede bei den 11. Soz.)

Abg. Rosenfeld (N. Soc.): Es wird mir schwer, über die Reichsregierung in einem Augenblick zu sprechen, in dem ich in so außerordentlichem Maße die Gewalt angegriffen wird. (Anrede: Reichstags.) Der Erlass dieses gegen den Streik ist eine Verletzung. (Anrede: Reichstags.) Es gibt eine Freiheitsliebe und eine rechtstehende, die völlig unerschrocken sind. Wir sind in ihrem Rechte. (Bewegung.) Sie beginnt mit den Namen: Coase, Rosenfeld, Hoffmann, (Große Heiterkeit.) — Keine: Grenzen mit ihnen nicht. — Unerschrockene Agitationen! Ein Beispiel für die mangelt die Reichsregierung ist vor allem auch der Prozeß Ledebour. (Dankbarer Widerspruch: Reichstags.)
Präsident Veinert: Ich bitte um Ruhe, wenn das Modereiden erteilt. Es ist so unendlich, wie es zu verhandeln. Der Redner ist fast nicht zu verstehen. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

Abg. Rosenfeld (N. Soc.): Es wird mir schwer, über die Reichsregierung in einem Augenblick zu sprechen, in dem ich in so außerordentlichem Maße die Gewalt angegriffen wird. (Anrede: Reichstags.) Der Erlass dieses gegen den Streik ist eine Verletzung. (Anrede: Reichstags.) Es gibt eine Freiheitsliebe und eine rechtstehende, die völlig unerschrocken sind. Wir sind in ihrem Rechte. (Bewegung.) Sie beginnt mit den Namen: Coase, Rosenfeld, Hoffmann, (Große Heiterkeit.) — Keine: Grenzen mit ihnen nicht. — Unerschrockene Agitationen! Ein Beispiel für die mangelt die Reichsregierung ist vor allem auch der Prozeß Ledebour. (Dankbarer Widerspruch: Reichstags.)
Präsident Veinert: Ich bitte um Ruhe, wenn das Modereiden erteilt. Es ist so unendlich, wie es zu verhandeln. Der Redner ist fast nicht zu verstehen. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

